

# Dresdner Volkszeitung

Postfachamt: Belg. Aden & Komp. Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnold, Dresden.

Abonnementpreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringselgeld monatlich 1.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 4.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 7.10. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Inserate werden die 7-spaltige Zeilenbreite mit 20 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinskauzungen. Inserate müssen bis spätestens 1/2 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 297.

Dresden, Sonnabend den 21. Dezember 1918.

29. Jahrg.

## Die neue Reichsverfassung.

### Der Entwurf der neuen Reichsverfassung.

In den viertägigen Besprechungen, die in der vorigen Woche zwischen dem Staatssekretär des Innern, Dr. Breuse, und deutschen Kapazitäten des Staatsrechts über den Ausbau der neuen deutschen Reichsverfassung in Berlin stattfanden, nahmen, wie die Düsseldorfischen Nachrichten feststellen können, außer dem Staatssekretär des Innern Dr. Breuse, noch Professor Petersen-Hamburg, der Berliner österreichische Gesandte Dr. Hartmann sowie Professor Mag Weber teil. Professor Anshütz, der gleichfalls erwartet wurde, wurde unterwegs auf der Reise aufgehalten und sah dann von der Weiterreise nach Berlin ab, da er nicht mit einer so langen Dauer der Verhandlungen gerechnet hatte. In den Verhandlungen wurden eine wesentliche Klärung über die künftige Gestaltung der Reichsverfassung herbeigeführt. Die Gesichtspunkte, auf die man sich einigte und auf die die verschiedenen Denkschriften aufgebaut werden sollen, gehen ungefähr dahin:

An die Spitze der Reichsregierung tritt ein gewählter Präsident, dessen amtliche Befugnisse nach der verfassungsrechtlichen Seite ungefähr in der Mitte liegen sollen zwischen den Rechten die verfassungsmäßig dem Präsidenten der Vereinigten Staaten einerseits und dem König von England andererseits zustehen. Dieser Präsident wird sich dann sein Kabinett nach streng parlamentarischen Grundgesetzen selbst zusammenstellen in bewusster Abweichung von den amerikanischen Verhältnissen.

Neben ihm wird nach dem Muster des deutschen Bundesrats, wie er unter dem alten Regime bestand und auch jetzt amtiert, ein Staatshaus von Beobachtungsmitgliedern der verschiedenen Bundesrepubliken gebildet werden, das ungefähr dem amerikanischen Senate entsprechen dürfte und dann weniger ein Organ der Verwaltung als der Gesetzgebung bilden wird. Die Reichsregierung wird sehr unitarisch sein, jedenfalls in weit höherem Maße, als unter dem alten Regime. Dabei soll die Zentralisation nicht soweit betrieben werden, daß etwa die Selbständigkeit der einzelnen Bundesrepubliken aufgehoben wird. Bestimmte kulturelle, wirtschaftliche und soziale Gebiete werden deren Verwaltung reserviert. Andre dagegen, wie Eisenbahnen, Heereswesen, Postwesen, Staatswesen usw., sollen der Reichsverwaltung zustehen. Wie viel Bundesrepubliken gebildet werden müssen, steht noch nicht fest. Man glaubt aber, daß man ungefähr auf 14 bis 15 deutsche Bundesrepubliken zählen kann. Die Grenzen der einzelnen Republiken werden sich voraussichtlich mit den bisherigen Grenzen der Bundesstaaten decken. Schon der Durchführung der unitarischen Bestrebungen steht der alte Bundesstaat Preußen im Wege und man denkt daran, ihn ungefähr nach dem Muster der Vatikanischen Vorschläge zu demselben Rang, wie die übrigen Staaten zu setzen.

Aber auch andere Bundesstaaten, wie z. B. Bayern, wird kaum geschlossen in die Form einer neuen Bundesrepublik übergehen. Vielmehr wird sich der Kern des früheren Königreichs Bayern mit Deutsch-Oesterreich verbinden, während Franken sich einer anderen Republik anschließt. Seitens der Reichsregierung soll jedoch auf diese Um- und Neubildungen keinerlei direkter Einfluß oder gar Zwang ausgeübt werden. Im Gegenteil, man wird abwarten, ob und wie sich Beratungen aus den verschiedenen Volkstammern und Bevölkerungskreisen selbst heraus kristallisieren und wird sich darauf beschränken, solche Bestrebungen, sofern sie wirtschaftlich und kulturell zweckmäßig erscheinen, wohlwollend zu unterstützen. Vom unitarischen Standpunkte aus war die Konfession der Ansicht, daß die Bildung einer Rheinisch-westfälischen Bundesrepublik durchaus begrüßenswert und ebenso wenig wäre etwas dagegen einzuwenden, wenn sich zum Beispiel Erfurt einer Bundesrepublik Groß-Thüringen anschließen oder in Schlesien und Ostpreußen entsprechende Sonderbestrebungen stattfänden. Man glaubt, daß bei einer scharf unitarischen Zusammenfassung der ganzen Reichsverwaltung sich die Gefahr einer Sonderrepublik aus diesen Bestrebungen nach Neubildung von Bundesrepubliken nicht ergeben wird.

### Änderungen im Reichswahlgesetz.

Berlin, 20. Dezember. Infolge Vorbearbeitung der Wahlen für die Nationalversammlung vom 16. Februar auf den 19. Januar waren einige Veränderungen im Reichswahlgesetz notwendig, die Interessen der Bevölkerung und der Parteienleitungen nach Möglichkeit zu wahren. Demnach ist in § 2 der Verordnung bestimmt, daß die Wählerlisten zu jebermanns Einsicht am 30. Dezember auszuliegen sind, die für die Wählerlisten wichtige Dauer der Auslegung von acht Tagen nicht betragen. Nach Absatz 2 sind Ein-

sprüche gegen die Wählerlisten durch die Behörden binnen einer Woche zu erledigen, anfangs der nächsten 14 Tage. In § 3 der Verordnung sind die Wahlvorschlüge spätestens am 4. Januar 1919 bei dem Wahlkommissar einzureichen. Damit verfügt sich die Zeit der Einreichung von 21 auf 5 Tage, eine Maßnahme, die den Parteien die Möglichkeit gibt, ohne Überstürzung ihre Kandidatenliste in Ordnung zu bringen. Die Wahlkommissare haben die Unterstützung zur Einreichung der Wahlvorschlüge sofort zu erteilen. Die Verbindung mehrerer Wahlvorschlüge miteinander kann nach wie vor spätestens sieben Tage vor dem Wahltag beim Wahlkommissar schriftlich erklärt werden. Ebenso können die Mängel der Wahlvorschlüge und ihrer Verbindungen nur bis zum siebenten Tage vor dem Wahltag beseitigt und berichtigt, gegen deren Wahlbarkeit der Wahlkommissar Bedenken erhebt, bis zum siebenten Tage vor dem Wahltag durch andere ersetzt werden, wenn mehr als die Hälfte der Unterzeichner des Wahlvorschluges dies schriftlich beantragt.

### Die Werbearbeit bei den Nationalratswahlen.

Der Vorsitz des Reichsarbeiterrats, die Wahlen zur Nationalversammlung bereits am 19. Januar vorzunehmen, hat gewiß bei der erdrückenden Mehrheit der Parteigenossen freudige Zustimmung ausgelöst. Damit ist den Gefahren, die mit einem weiteren Festhalten der Regierung verbunden sind, begegnet worden. Um allen Widerständen zu begegnen, sei von vornherein betont, daß wir die U- und E.-Mäße keineswegs für überflüssig halten, sie sind im Gegenteil eine Notwendigkeit gewesen; bildeten sie doch die Basis für die Handhabung der politischen Macht, nachdem sie in die Hände der Arbeiter und Soldaten übergegangen war. Mancher, der heute die Tätigkeit der Mäße nur nach einzelnen Uebergriffen beurteilt, übersteht, daß ohne diese Einrichtung die Ueberleitung aus dem Chaos der ersten Revolutionstage in die neue Ordnung kaum möglich gewesen, ja daß ein unvollständiges, alles gefährdendes Wirrwarr ohne diese Eingriffe der Mäße entfallen müßte, die, abgesehen von einigen Uebergriffen, im allgemeinen doch das Richtige getan haben, obwohl sie vor ganz neuen Aufgaben standen. Es sei hier nur darauf hingewiesen, daß sie in erster Linie für den Weiterbetrieb der Verwaltungsapparate gefordert und Maßnahmen für die Festigung der Revolution in die Wege geleitet haben. Trotz diesen Verdiensten darf die Regierung nur ein Uebergangsstadium bleiben, das möglichst kurz bemessen sein möchte. Denn so notwendig die Mäße für die erste Sicherung der revolutionären Errungenschaften waren, so empfindlich macht sich schon jetzt die Ungültigkeit des Systems bemerkbar. Es muß verfügen vor Maßnahmen, die rasch und einheitlich durchzuführen werden müssen; je länger es dauert, desto mehr macht sich der Mangel an Erfahrung im Verwaltungsleben bemerkbar, der durch noch soviel guten Willen nicht ersetzt werden kann. Unter diesen Ungültigkeiten muß nicht nur die revolutionäre Neuordnung leiden, sie bilden auch eine Gefahr für die Partei, die sich für den freiheitlichen und sozialistischen Ausbau der Errungenschaften in erster Linie einsetzt. Aus allen diesen und noch manchen anderen Gründen bedeutet der Beschluß des Reichsarbeiterrats eine Erdrückung aus Zuständen, die durch eine ungewollte Handhabung der politischen Macht unerkündlich geworden sind. Mit der festeren Aussicht auf eine neue Grundlage für die revolutionäre Neugestaltung, wie sie die Nationalversammlung bilden wird, läßt sich die letzte Periode des Räteisystems schon eher ertragen.

Aber so sehr die Vorbereitung des Wahltags zu begrüßen ist, so wenig darf vernachlässigt werden, daß dadurch auch besondere Anforderungen erwachsen. Für die Werbearbeit um die Wahlen bleibt uns nur eine kurze Zeit. Das ist um so beachtlicher, weil der Klärungsprozess im bürgerlichen Lager noch nicht zu Ende ist und uns eine Stellungnahme nach rechts erschwert. Vor allem aber müssen wir berücksichtigen, daß wir unter ganz anderen Verhältnissen wie seither in den Wahlkampf eintreten. Und kaum meint die kurze Zeit für die Wahlarbeit auszureichen, darüber die nötige Aufklärung zu verbreiten, zu ermöglichen, daß sich auch die breitesten Volksschichten in das „neue Wesen“ vollkommen hineinfinden können.

Für uns selbst stellt die neue Situation manche Probleme. Auf die alten Agitationsmethoden werden wir bei dieser Wahl überhaupt kaum zurückgreifen können, denn es ist alles neu geworden. Seither waren wir bei Wahlkämpfen in der Lage der Unterdrückten gegen die bürgerlichen und agrarischen Schichten, die mit Hilfe einer teilsweisen oder gänzlichen Entrechtung der breiten Massen die Macht fast allein in den Händen und sich dauernd weigerten, dem Volke zu geben, was ihm nützte, vor allem die politische Gleichberechtigung. Die erregten Tünnen, der wesentlich dazu beigetragen hat, jeden Wahlkampf zu entzünden, ist gefallen. Die politische Macht ist jetzt in den Händen der breiten Volksschichten, besonders der Arbeiterschaft. Die Anlegung der Nationalratswahlen aber bedeutet, daß die Arbeiterschaft ihre eigene Macht der Volksmehrheit anvertraut und der neuen Volksvertretung überträgt. Wir werden also bei diesen Wahlen keinen Anlauf haben, gegen die anzutreten, die uns seither auch den bestmöglichen Anteil an der politischen Macht verweigerten, wohl aber muß alles aufgegeben werden, eine Reg-

beit in der Nationalversammlung zustande zu bringen, die das Volk durch eine sozialdemokratische Mehrheit zum Mittelpunkt der politischen Macht erhebt.

Dem neuen Wahlkampf ist zunächst nicht mehr die Aufgabe gestellt, reaktionäre Schlingen zu erklären; im Mittelpunkt wird vielmehr der Aufbau der neuen Gesellschaft, die Einrichtung in der neuen Republik stehen. Dabei wird nicht übersehen werden dürfen, daß diese Aufgabe nur ausreißend unter einem gemeinschaftlichen Zusammenarbeiten aller Kräfte gelöst werden kann, die sich auf den Boden der neuen Demokratie stellen, und vor allem auch die bürgerliche Mitwirkung erzwingen zurückzuführen werden kann, wie wir seither am die Verwaltungstätigkeit verdrängen konnten. Das alte Schlangenwort von der einen reaktionären Masse muß unter solchen Umständen beiseite gelegt werden. Es wird vielmehr gerade darauf ankommen, in den bürgerlichen Reihen die gegenrevolutionären Elemente von den wirklich freiheitlich gesinnten und zur Mitarbeit an der neuen Gesellschaft bereiten zu trennen.

Bei alledem wird sich die Wahlbewegung doch noch um den alten Gegensatz Kapitalismus und Sozialismus drehen, namentlich soweit die wirtschaftlichen Ziele der Revolution in Betracht kommen. Der Teil des Bürgertums, der mit uns bereit ist, die politischen Freiheiten zu sichern, wird sich keineswegs einmütig für die Verstaatlichung der Kohlengruben, der Stahlwerke und der sonstigen Riesenbetriebe erklären, mit noch größerem Widerstreben wird er an die Frage der Sozialisierung herantreten. Doch wird hier die Tatsache, daß Vertikalungen im Interesse des Ganzen und der Allgemeinheit unabweislich sind, manche Gegenstände glätten; was die Frage der Sozialisierung betrifft, wird es vor allem unsere Sache sein, eine deutliche Scheidelinie zwischen denen zu ziehen, die weiter links stehend, nach sozialistischen Methoden alles Mögliche wollen ohne Rücksicht darauf, ob sie alles gefährden. Wir werden klarstellen haben, wie weit wir eine Sozialisierung für durchführbar halten, und darauf hinweisen, daß wir uns darauf beschränken, auch diese Frage gemeinsam mit der Nationalversammlung lösen zu wollen.

Da nach werden diese Fragen reichlich Anlaß zu Meinungsstreit und auch zu Widerständen geben. Persönlichkeiten wie dabei nach den absolut notwendigen Kampf gegen die konterrevolutionären Elemente, die wahrscheinlich unter neuen Aushängeschild zu freiben versuchen werden, so tritt zutage, daß uns der Wahlkampf neue und ernste Aufgaben genug stellt, die alle unsere Kräfte mehr als je zuvor in Anspruch nehmen. Das gilt um so mehr, weil der Kampf unter ganz neuen Verhältnissen und Parteigruppierungen ausgedehnt werden muß, und wir dabei mehr als je bisher eine großzügige Aufklärungsarbeit leisten, gleichzeitig aber auch den Kampf gegen die reaktionären Elemente führen müssen, die eine Gefahr für die revolutionären Errungenschaften sind.

### Rache, Rache für Kiel!

Die Deutsche Tageszeitung veröffentlicht diese „Anregung“ aus ihrem Westerteile:

„Es war bisher vielfach Thema, unter Kinder in K... tzen anzu... zu leiden. Unter Jugend, der Stadt, Deutschland, darf dies nicht aber jetzt auf keinen Fall mehr vorgehen, denn es ist mit Schmutz und Mist besudelt. Von den Matrosen ist all das Elend, was über unser Land hereinzuwehen ist und noch kommt, verursacht. Sie allein tragen die Schuld an den schmachvollen Waffenstillstand und Friedensbedingungen, und später werden sie ihre Tat selbst noch verkünden. Deutsche Mütter! Deshalb fort mit den Matrosenjugenden, gebt den Kindern ein anderes Ehrenkleid, damit sie nicht immer an jene vaterlandslosen Gesellen erinnern.“  
Agnes von Solom.

Dazu schreibt uns der Dresdner Marinematiker treffend: Es bleibt den Eltern der Tageszeitung inbetrachtung, ihre Kinder zu leiden, wie es ihnen gefällt. Interessant ist diese Anregung aber als Machecherei der Geschichteten, als Machecherei gegen die Elfen, die die schändlich für eine geschwiedenen Kesseln zu sprengen wagten. Jetzt beschimpft man die Matrosen, die, solange sie sich fügten, „unser lieben, blauen Jungen“ waren. Verhimmelt hätte man das blaue Kiel, wenn es mit deren Blute der 80 000 Opfer getränkt worden wäre, wenn jener wahnsinnige Befehl, der sich gegen die damalige Friedensregierung richtete, ausgeführt worden wäre. Man hätte die Opfer zur Veruhigung der Mütter als Soldaten gefeiert und am anderen Tage die Weiche mit neuen, süßen Opfern ausgefüllt. 80 000 unserer Kameraden ist an jenem Tage das Leben gerettet worden, und unsere Kameraden hätten es uns zu denken.

Und vergißt man bei all den Beschimpfungen ganz und gar, daß es wiederum die Matrosen sein werden, die die Weere bedürftiger sollen, um Kohlen und Nahrungsmittel dem durch falsche Leitung an den Ruin gebrachten Vaterlande zuzuführen? Oder glaubt jene Dame, daß sie in weiße Nöckchen und tausendfache Selde gekleidet, die Maschinen der großen transatlantischen Dampfer und die Lokalwege der Zogler bedienen kann? Die Matrosen in der Nordsee ist das der Entente freigegeben und alles hofft, daß nun endlich der Fiskus wieder reichlich beschliffen werden wird. Ja,